

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Martin Spetsmann-Kunkel (Hrsg.): Soziale Arbeit und Neoliberalismus.

Baden-Baden: Nomos, Edition Sigma, 2016, 124 S., ISBN: 978-3-8487-2765-0



Martin Spetsmann-Kunkel, Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, gibt mit dem schmalen Band „Soziale Arbeit und Neoliberalismus“ fünf Vorträge einer Vortragsreihe im Sommersemester 2012 von Absolventinnen der ersten Kohorte des Masterstudiengangs Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Bildung und Integration heraus, die sich in ihren Masterarbeiten mit Fragen zum Neoliberalismus und seinen Auswirkungen beschäftigt haben. Während man bei der Lektüre des Titels noch hoffen könnte, liberale Ansätze zur Einordnung und Wichtigkeit von sozialer Arbeit in einer Bürgergesellschaft vorgestellt zu bekommen, macht Spetsmann-Kunkel bereits in seiner kurzen Einleitung die Zielrichtung dieser Tagungsdokumentation deutlich:

Nach einer sehr kurzen, durchaus zutreffenden Definition des Neoliberalismus, wobei er allerdings nicht darauf abstellt, was diesen nun vom Liberalismus unterscheidet, verkürzt er das liberale Menschenbild auf ein „egoistisches Wesen .., welches sein Handeln überwiegend an seinen eigenen Interessen orientiert“ mit „Profit- und Gewinnstreben“. Während er verschweigt, dass das den Liberalismus beherrschende Freiheitsprinzip immer auch durch das Verantwortungsprinzip ergänzt wird, was den Menschen erst als soziales Wesen einordnet, will er den Neoliberalismus [sic!] für all seine Untaten „in Verantwortung“ nehmen. – Eine Verantwortung, die dieser nach Spetsmann-Kunkel kategorisch ablehnen würde. Er zeichnet drei Effektdimensionen des Neoliberalismus – die individuelle Effektdimension, die Effektdimension der politischen Ordnung und die militärische, internationale Effektdimension – nach, in denen er den Neoliberalismus für alle Übel auf der Welt verantwortlich macht: die „epidemische Ausbreitung depressiver Krankheitsbilder in der Gegenwart“, die „Verschärfung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten“, den „Umbau sozialer Sicherungssysteme“, „militärische Interventionen und kriegerische Konflikte“. Das „Gewaltpotential“ der neoliberalen Ordnung sei der „Totengräber der Demokratie“ und setze die „Rahmenbedingungen rechter Gewalt“. Spetsmann-Kunkel betont zwar, dass diese Auflistung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe, „positive“ Effektdimensionen, die aus individueller Freiheit in einer rechtsstaatlichen Bürgergesellschaft – Freiheit in Verantwortung, dem liberalen Leitmotiv – erwachsen, hat er damit aber sicher nicht gemeint. Mit dieser normativen Abwertung und vorsätzlichen, diskreditierenden Verkürzung des liberalen Gedankenguts setzt er die Tonalität für den gesamten Band, in dem immer wieder Colin Crouch und Christoph Butterwegge als Kronzeugen für die Verbrechen des Neoliberalismus angerufen werden. „Neoliberalismus“ ist hier Kampfbegriff und Feindbild zugleich. Es muss besorglich stimmen, wenn Student*innen der Sozialen Arbeit in ihrem Studium derartig indoktriniert und politisch agitiert werden.

Der erste Beitrag stellt die Frage, ob Soziale Arbeit Erziehung zur Postdemokratie sei bzw. welche Rolle Sozialarbeiter*innen in der postdemokratischen Entwicklung spielen. Grundlage ist hier Colin Crouchs Analyse einer postdemokratischen Gesellschaftsentwicklung, deren Ursache die zunehmende neoliberale Ausrichtung der Politik sei. Es wird behauptet, dass der Neoliberalismus in seinem Menschenbild zwischen Elite und Masse unterscheide, was zu einer autoritären Elitenherrschaft mit einer Beschränkung der Demokratie und zu einer

sozialdarwinistischen Transformation des Wohlfahrtsstaates hin zu „reiner“ Marktorientierung führe. Der Neoliberalismus sei ein „Projekt zur Auflösung der demokratischen Gesellschaft“. Im Zuge dieser neoliberalen Transformation habe sich die Soziale Arbeit von strukturell-politischer Arbeit und ihrem demokratischen Auftrag distanziert; von der Politik implementierte sozialpädagogische Praxen seien Teil etablierter, neoliberaler Herrschaftsstrukturen. Die liberale Forderung nach eigenverantwortlichem Handeln und die „Inszenierung von Konkurrenz“ in staatlichen Ausschreibungsverfahren bei der Vergabe von Aufträgen an Träger der Sozialen Arbeit werden von der Autorin des Beitrags abgelehnt. Soziale Arbeit sei zur repressiven Hilfsinstanz zwecks Kontrolle und Selbstdisziplinierung geworden. Dem müsse sich Soziale Arbeit durch eine Repolitisierung, die den Neoliberalismus anprangert, entgegenstellen, indem um finanzielle und thematische Autonomie gekämpft werde, der neoliberale Elitendiskurs abqualifiziert und Soziale Arbeit als „Oppositionswissenschaft“ verstanden werde. Der Auftrag der Sozialen Arbeit, sich „einzumischen“, politische sowie gesellschaftliche Gegebenheiten und Entwicklungen kritisch zu analysieren und Missstände aufzuzeigen, steht außer Frage, allerdings blendet die Autorin dieses Beitrags – wie alle anderen im Band – vollkommen die Frage aus, woher die Mittel für Soziale Arbeit kommen, und dass ein Rechtsstaat verpflichtet ist, gegenüber dem Steuer- und Abgabenzahler transparent zu machen, wofür diese Mittel verwendet werden. Einerseits wird bedauert, dass der Staat in einer neoliberalen Ordnung seine Steuerungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit verliert, andererseits steht in jedem der Beiträge dieses Bandes staatliches Handeln unter Anklage. Die Staatsgläubigkeit bei gleichzeitiger Opposition zu staatlichen Strukturen und Verfahren ist weder nachvollziehbar noch logisch konsistent.

Diesen Widerspruch löst auch der zweite Beitrag „Soziale Arbeit als Regierung“ nicht auf. Die Autorin orientiert sich am Foucault'schen Konzept der Gouvernementalität und analysiert Machtbeziehungen und -gefüge in der Sozialen Arbeit als Teil der Regierung. Sie beschreibt das neoliberale „Modell des unternehmerischen Selbst“ als Ursache neosozialer Transformationsprozesse, bei denen sich Soziale Arbeit zwar einerseits zur Regierungstechnologie im Foucault'schen Sinne entwickle, sich der Staat aber andererseits aus seinen sozialen Aufgaben zurückziehe. Diese Analyse mündet in die Forderung, dass sich Sozialarbeiter*innen mit neoliberalen Regierungstechniken auseinandersetzen, dies in die Öffentlichkeit tragen und transparent machen müssen. Kritische (Selbst-)Reflexion der Sozialen Arbeit soll in die Schaffung von offenen Räumen münden, in der sich die Adressat*innen der Sozialen Arbeit frei entfalten und eigene (nicht neoliberale) Subjektivierungsweisen aufbauen, Widerstand und Kritik ausbilden können. Dass hier das liberale Menschenbild des mündigen Bürgers, der ermächtigt werden muss, Hoheit über seinen eigenen Lebenslauf zu gewinnen, Verbündeter und nicht Gegner ist, fällt der Autorin nicht auf. – Wohl, weil sie in ihrem Studium auf ebenjenes Feindbild konditioniert wurde.

Der dritte Beitrag fragt, ob angesichts dieser Situation solidarische Soziale Arbeit überhaupt möglich sei. Durch den Neoliberalismus bewirkte Entsolidarisierungstendenzen fänden sich auch in der Sozialen Arbeit, die eigentlich beruflich geleistete Solidarität sei. Die Autorin konstatiert eine kollektive Entsolidarisierung in der Sozialen Arbeit und ihrer Trägerlandschaft durch Tarifabweichungen, Abbau von Personal und Ersetzung von Fachkräften. Diese Vorwürfe werden nicht weiter untersetzt und belegt. Leistungs- und Kostendruck, Wettbewerb und Konkurrenz, verstärkte Arbeitsbelastung, Unsicherheit und Angst um die eigene Existenz würden zu einer kulturellen Entsolidarisierung unter Sozialarbeiter*innen und in deren Beziehung zur ihren Klient*innen führen. Aufgrund der Kunden- und Wirksamkeitsorientierung drohe eine Zwei-Klassen-Sozialarbeit, in der nur noch diejenigen, bei denen Soziale Arbeit auch fruchte, Unterstützung und Hilfe bekämen. Um dagegen anzukämpfen, zeigt die Autorin Perspektiven der Sozialen Arbeit auf: Repolitisierung, gewerkschaftliches Engagement, den Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit und Bündnisse sowie Vernetzung. Dass eine Disziplin wie die Soziale Arbeit, die von öffentlichen Mitteln lebt, verpflichtet ist, Bedarfsgerechtigkeit und Wirksamkeit zu belegen – was, obwohl häufig bestritten, sehr wohl möglich

ist – und dass dies zu ihrer Professionalisierung sowie Akzeptanz beitragen würde, kommt auch dieser Autorin nicht in den Sinn.

Der darauffolgende Beitrag fordert zwar ein professionelles Selbstverständnis Sozialer Arbeit im Verhältnis zur Sozialpolitik, beschreibt aber „das Neoliberale“ gleichsam als „das Böse“ als Ursache für „Abbau und Ausverkauf des Sozialstaats“. „Das Neoliberale“ führe zu einer Veränderung des Wohlfahrtsstaates, das daraus resultierende „Neosoziale“ zu Sozialdumping. Die neoliberale Aktivierungspolitik, die nach dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ auf Ermächtigung und Hilfe zur Selbsthilfe setzt, sei eine zynische Interpretation von individueller Freiheit und münde in Gesellschaftstotalität. Die Autorin zeigt sich erstaunt über die überwiegende Akzeptanz von Qualitätsmanagement und Controlling als Instrumenten zur Steigerung von Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit und fordert stattdessen eine „störrische Professionalität“, die aber offensichtlich nicht in der Anwendung von Effizienz- und Effektivitätskriterien liegt.

Der abschließende, fünfte Beitrag bemüht sich kaum noch, einen Zusammenhang zur Sozialen Arbeit herzustellen, sondern ist eine generelle Neoliberalismus- und Kapitalismuskritik. Bei der Darstellung der Entwicklung des Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit und ihrer Ausformung in Sozialpolitik wird auch die Hauptschuldige beim Namen genannt: Die FDP, wobei aber selbst die Sozialdemokratie der neoliberalen Programmatik anheimgefallen sei. Der Begriff der Leistungsgerechtigkeit deformiere soziale Gerechtigkeit und führe zum Ausbau Druck ausübender, aufsichtführender und kontrollierender sozialstaatlicher Funktionen. Die Autorin arbeitet sich am Begriff des Humankapitals ab und sitzt dabei denselben Irrtümern auf wie diejenigen, die ihn in Unkenntnis seiner Bedeutung und Verortung in der Ökonomie zum „Unwort des Jahres“ gekürt hatten. Sie rekurriert auf das „gesellschaftsverändernde Mandat sozialer Gerechtigkeit“ und fordert mehr Umverteilung zur sozialen Sicherung, wobei sie unverhohlen die Neiddebatte anfacht und nicht darauf verzichtet, Freihandel als schädlich und den Wohlfahrtsstaat zerstörend anzuprangern.

Dresden

Jana Licht

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net